

KOLUMNE

Pisa zeigt Wirkung

Es ging Schlag auf Schlag. Erst die Resultate der Grundschulstudie Iglu zum Leseverständnis von Viertklässlern – dann Pisa mit dem dritten Vergleich der Basis-kompetenzen von Fünfzehnjährigen. Politik, Verwaltung und Lehrkräfte konnten aufatmen: Es deutet sich ein Trend zum Besseren an.



**JÜRGEN BAUMERT**  
Direktor des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung

Die Grundschule leistet gute Arbeit. Das Leistungsniveau steigt. Ein Problem ist weiterhin der hohe Anteil von Kindern aus Zuwandererfamilien, die die Grundschule ohne ausreichende Sprachsicherheit verlassen. Auch in den weiterführenden Schulen deutet sich Besserung an, vor allem in den Naturwissenschaften. Besonders erfreulich: Mehr Jugendliche erreichen das für eine Berufsausbildung notwendige Qualifikationsniveau und der Kompetenzerwerb ist etwas weniger an die soziale Herkunft gekoppelt. Der Tanker Bildungssystem scheint auf die Kurskorrektur anzusprechen.

Was ist geschehen? Die internationalen Vergleichsstudien haben gezeigt, um was es geht: Wissen und Können, Leistungsbereitschaft und Verantwortungsbewusstsein sind die wichtigsten Ressourcen, über die unsere Gesellschaft verfügt. Bildung ist ein kostbares Gut, das nur durch dauerhafte Anstrengung gewonnen und durch Nachlässigkeit schnell verspielt wird. Transparenz im Hinblick auf das Erreichte ist der erste Schritt zum Umdenken.

Auf politisch-administrativer Ebene ist das Umdenken kaum zu übersehen. Die Kultusministerkonferenz – gelegentlich als Landschildkröte verspottet – scheint sich zum Schrittmacher der überfälligen Modernisierung zu entwickeln. An die Stelle kleinteiliger Regelungen tritt mehr und mehr strategische Orientierung. Dafür stehen Bildungsberichterstattung, internationaler Vergleich, Bildungsstandards, aber auch die Einführung von Schulprogrammen, der Schulinspektion oder frühzeitige Diagnostik und Förderung. Aber Vorsicht: Es gibt noch immer deutliche Strukturprobleme. Die Reform gelingt nur, wenn alle Schulen sie zu ihrer Angelegenheit machen und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit nicht nachlässt. Tua res agitur.

WETTBEWERB UM DIE BESTEN KÖPFE: In die nicht immer einfache Beziehung kommt Bewegung

Wirtschaft und Schule im Gespräch

MONICA VON WYSOCKI | BERLIN

Bahn-Personalvorstand Margret Suckale sprach die Probleme klar an: „Viele Schulabgänger sind nicht reif für die Ausbildung. Die Bewerbungen lassen oft mehr als zu wünschen übrig.“ Angesichts des sich abzeichnenden demographischen Knicks und des drohenden Fachkräftemangels investiere die Bahn immer mehr Zeit und Geld bereits in der Schule in ihre zukünftigen Mitarbeiter, sagte Suckale auf dem Handelsblatt-Bildungskongress „Wirtschaft und Schule – Partner für die Zukunft“ in Berlin.

Wie der Bahn ergeht es fast allen Unternehmen in Deutschland. Ob beim Handwerk, im größeren Mittelstand oder in der Industrie – der Wettbewerb um Fachkräfte, nicht nur um die vielzitierten Ingenieure, gewinnt an Schärfe. Eine immer größere Rolle spielt die Frage: Wie gewinne ich die besten Mitarbeiter für meine Firma?

HANDELSBLATT-JAHRESKONGRESS



BILDUNG

Michael Hüther, Chef des Instituts der deutschen Wirtschaft, riet den Unternehmen, mehr als bisher auf die Schulen zuzugehen und eine Partnerschaft anzubieten. Viel ist bereits in Bewegung: Mehr als jedes zweite Unternehmen bietet bereits Praktika an. Im Netzwerk „SchuleWirtschaft“ – einer Kontaktbörse – arbeiten derzeit 3 800 Unternehmensvertreter in rund 450 regionalen Arbeitskreisen mit, sagte Hüther.

Aktivitäten, mit denen viele der ebenfalls teilnehmenden Lehrer bereits gute Erfahrungen gemacht haben: „Die Schulen sollten von ihrer Seite die Türen öffnen und einfach die Unternehmen in ihrer Region ansprechen“, sagte Birgit Berendes, Schulleiterin der mehrfach für ihr Engagement in der Berufsorientierung ausgezeichneten Mönhesee-Hauptschule in Nordrhein-Westfalen. Wer nicht wisse, wie das am einfachsten gehe, solle die Industrie- und Handelskammer vor Ort ansprechen oder das Netzwerk „SchuleWirtschaft“ (www.schulewirtschaft.de).

Das Projekt in der Mönheesechule gilt als beispielhaft für eine gelungene Kooperation zwischen Unternehmen und Schulen. Die Lehrer



Handelsblatt-Bildungskongress 2007 „Wirtschaft und Schule – Partner für die Zukunft“ in Berlin (v.l.): Bahn-Personalvorstand Margret Suckale, EWE-Chef Werner Brinker, Michael Hüther vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln, Klaus Kinkel von der Deutschen Telekom Stiftung und Heinz-Peter Meidinger, Vorsitzender des Deutschen Philologenverbandes.



werden nicht erst kurz vor Erhalt des Abschlusszeugnisses aktiv. Bereits in der 5. Klasse nehmen die Schüler am Projekt „Starke Seiten“ teil. Sie legen eine Kompetenzmappe an, schreiben darin ihre persönlichen Stärken auf, gleich, ob es um Schule, Freizeit oder Freundeskreis geht – das stärkt das Selbstvertrauen. Die Kompetenzmappe ist nur ein Baustein von insgesamt 40, die per Mail von „moehneesechule@t-online.de“ angefordert werden können. So gibt es an der Schule eine ständige Anlaufstelle, die sich um Berufsberatung kümmert. Ob Ausbildungsplatz-Recherche oder Bewerbungstraining, die Lehrer stehen sogar am Wochenende oder in den Ferien über Mail und Telefondienst als Ansprechpartner zur Verfügung.

Zufrieden zeigte sich auch Carl Christian Müller, Sprecher der Geschäftsführung des Gewürzherstellers Raps in fränkischen Kulmbach, mit seiner Investition von Zeit und

Geld in die Nachwuchsförderung. „Wir Kulmbacher glauben zwar, unsere Stadt sei der Nabel der Welt, ist er aber nicht“, sagte Müller und berichtete über seine Anstrengungen, um im Wettbewerb mit den image-trächtigen Unternehmen aus den großen Ballungsgebieten mithalten zu können. Persönlichen Kontakt halten mit den Lehrern, Betriebspraktika anbieten, den regionalen Förderverein „SchuleWirtschaft“ unterstützen. Eine ganze Palette von Aktivitäten, die dafür sorgen soll, die besten jungen Kulmbacher für das Unternehmen zu gewinnen. Klaus Kinkel, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telekom Stiftung, berichtete bei den zahlreichen Beispielen über das Projekt der ersten Schüler-Ingenieur-Akademie in Nordrhein-Westfalen. 15 Gymnasiasten beschäftigen sich zwei Schuljahre lang mit Themen wie Halbleitertechnologie oder Energie- und Stahlherzeugung. Einig waren sich beide Seiten über

die Grenzen der Zusammenarbeit. Unternehmensvertreter wie Bahnvorstand Suckale räumten freimütig ein, dass sie neben der Nachwuchsgewinnung durchaus an der Kundenbindung interessiert seien. Für Heinz-Peter Meidinger, Vorsitzender des Philologenverbandes, ist die Grenze des

„Viele Schulabgänger sind nicht reif für die Ausbildung.“

Margret Suckale, Deutsche Bahn

Sponsorings erreicht, wenn „täglich riesige Stapel von Werbematerial oder irgendwelche Angebote für Produktstände auf den Schreibtisch“ flatterten. Schule und Wirtschaft müssten sich vielmehr auf Augenhöhe begegnen können.

EWE-Vorstandschef Werner Brinker betonte für die Unternehmens-

seite, eine Ökonomisierung der Bildung wolle keiner. Ökonomische Bildung, um die Schüler auf den Beruf vorzubereiten, dagegen schon. Hart ging Brinker mit der Ministerialbürokratie ins Gericht, die sich gegen so manches gute Projekt mit undurchdachten Argumenten sperre. Eine Initiative für einen Online-Studiengang für Spitzensportler sei mit dem Argument: „Spitzensportler bräuchten das nicht“, abgelehnt worden. Keine Annäherung gab es bei der Debatte über die Einführung eines eigenen Schulbuches Wirtschaft. Befürworter wie der Oldenburger Professor Hans Kaminski versuchten, den Vorwurf einer drohenden Ökonomisierung zu widerlegen. Die Gegner argumentierten mit den bereits überquellenden Stundenplänen und dem Hinweis, Ökonomie sei eine Gemeinschaftsaufgabe in allen Fächern.

Wie sich die europäischen Nachbarn um den zukünftigen Nachwuchs für die Wirtschaft kümmern,

berichtete Schulchef Stefan Kristoffersen aus Schweden: Die mindestens 50 Unternehmerymnasien im Land förderten das unternehmerische Talent jedes einzelnen Schülers. Eine Aussage, die Peter Brendel vom einzigen Unternehmerymnasium in Deutschland bestätigen konnte.

Bernard Poloni, Professor an der Pariser Sorbonne, warnte davor, den Bildungsföderalismus wie zuvor von Kinkel und Hüther als „wenig hilfreich“ oder gar „blödsinnig“ zu bezeichnen. Auch wenn der Bildungsföderalismus koordinierte Verbesserungen manchmal verhindere. Das zentralistische System in Frankreich habe nicht weniger große Probleme, sagte der Bildungsexperte.

Informationen zum Thema Wirtschaft und Bildung finden Sie unter: [www.handelsblattnachschule.de](http://www.handelsblattnachschule.de)  
Die Redaktion dieser Seiten erreichen Sie unter: [hb.bildung@vhb.de](mailto:hb.bildung@vhb.de)

Leserforum

Schlechtes Beispiel

Zum Kommentar: „Schluss mit der Romane“, HB 3.12.2007

Woran sollen wir uns halten, orientieren? Etwa an den USA? Einem Land, das für sich für sich beansprucht, das Muster an Demokratie weltweit zu sein? Um in diesem Land wählen zu dürfen, muss man sich selber in eine Wahlliste eintragen. Das machen nur 30 Prozent der Amerikaner. Von diesen 30 Prozent gehen nur 50 Prozent zur Wahl! Der Präsident der USA wird dann wiederum von der Hälfte der Wähler gewählt. Somit entscheiden 7,5 Prozent der US-Amerikaner, wer denn der nächste Präsident werden soll. Auch das ist eher eine Oligarchie, denn eine Demokratie.

Der derzeitige Präsident setzt sich ganz offen über Beschlüsse der Uno hinweg. Ohne Mandat beginnt er einseitige Kriege, schädigt die eigene Wirtschaft und auch die Weltwirtschaft. Getrieben einzig und allein vom Lobbyismus verpflichtet den Unternehmen, die seinen Wahlkampf finanzieren. Die Kriege führt dieses Land mit Soldaten, die noch nie etwas von den Genfer Konventionen gehört haben.

Marcus Dollen

Nach der Stunde Null

Zum Essay „Republik der Habenichtse“, HB 4.12.2007

Gerne hätte ich es gesehen, wenn Sie den Umstand, dass durch „60 Jahre Frieden“ die Vermögensspreizung weiter gefördert wird, noch weiter ausgeführt hätten. Die großflächige Vernichtung von Vermögen sowie massenweise Umschichtung der Menschen von Ost nach West war der große Gleichmacher in der Geschichte Deutschlands. Die Stunde Null der Bundesrepublik (s. Foto) war auch eine Stunde Null im Portemonnaie der Mehrheit. Nur wenige konnten Vermögenswerte hinüberretten und selbst dann war es wahrscheinlich dezimiert.

Nach 1945 haben fast alle unter den gleichen Voraussetzungen angefangen – und die Fleißigen, Tüchtigen und Schlawen haben sich mittelfristig durchgesetzt, Werte geschaffen und erhalten. Dies sind die Werte, die sich jetzt immer schneller vermehren.

Dass der Vermögensaufbau sich spreizt, liegt also weniger an angeblich überhöhten Managergehältern sondern einzig und allein am Kumulationseffekt, verstärkt vielleicht noch durch eine erbenbegünstigte Demograficentwicklung. Die

Gründe für die Spreizung der Einkommen hingegen sind in einer offenen, barrierefreien handels- und arbeitsteilig orientierten Welt zu suchen.

Ihr Untertitel, „zu wenige bilden Vermögen“, blendet die Tatsache aus, dass die wenigsten wirklich Vermögen bilden können, weil ein Mittelstandsgehalt von 50 000 Euro heute einfach nicht ausreicht, um



Vermögen zu bilden – steuerbegünstigter Riester-Sparplan hin oder her. Um aber nicht einseitig zu argumentieren, sollte in der Diskussion nicht vergessen werden, dass in der Phase, in der viele mehr Vermögen hätten bilden können (80er Jahre, Goldener Westen) das Geld für den Mercedes und mehrwöchige Fernurlaube draufging. Ab 1990 war es zu spät,

um aus der unteren Mittelklasse in die obere aufzusteigen. Wie in Ihrem letzten Absatz kurz angedeutet, wird die Politik bald diejenigen zur Kasse bitten, die als Leistungsträger die Gesellschaft stabilisieren und sicherlich auch einen Großteil des Vermögens halten. Dieser Prozess hat schon lange begonnen.

Christian Thaler-Wolski

Falsche Aussagen

Zum Beitrag „Ausstieg aus der Kernenergie überdenken“, 26.11.

Nicht nur der Strimmiese Vattenfall ist unglaubwürdig. Der Artikel des RWE-Vorstandschefs Jürgen Grossmann enthält gleich zwei eklatante Falschaussagen:  
1. Es ist Irreführung, dass Kernkraftwerke anderswo „oft mehr als 60 Jahre“ laufen. Weltweit ist ein einziges KKW 40 Jahre alt, alle anderen sind jünger. Noch nie wurde weltweit ein KKW länger als 47 Jahre betrieben, im Schnitt werden AKW zurzeit nach 33 Jahren stillgelegt.  
2. Im Atomausstieg wurde mitmitten eine Lebensdauer von 32 Jahren festgelegt. Erlaubt sind aufgrund von Rechenregeln vielmehr so große Reststrommengen, dass die deutschen KKW damit real 40 Jahre laufen werden, wie die Erfahrung der letzten Jahre zeigt.

Prof. Dr. Hans Staub, Freiburg

Schreiben Sie uns:

Ihre Meinung erreicht uns per E-Mail unter: [hb.leserbriefe@vhb.de](mailto:hb.leserbriefe@vhb.de) oder per Post an:

Redaktion Handelsblatt, Leserbrief und Kommentare Postfach 101 102, 42002 Düsseldorf

Wir behalten uns vor, Leserbriefe auch gekürzt zu veröffentlichen.

Heißes Eisen

Zu „CDU speckt Arbeitsmarktreform ab“, 30.11.2007

Bereits im Einigungsvertrag ist die Verpflichtung, ein einheitliches Arbeitsgesetzbuch zu verfassen, niedergelegt worden. Keine Regierung hat sich danach getraut, dieses heiße Eisen anzufassen. Der Bertelsmann-Stiftung und vor allem den vorzüglichen Arbeitsrechtsprofessoren Henssler und Preiss ist es zu danken, dass bereits im August 2006 ein erster Entwurf vorgelegt werden konnte – frei von Beeinflussungen durch Politiker, Gewerkschafts- und Arbeitgeberverbandsführer. Der Diskussionsentwurf befindet sich aktuell auf dem Stand des Monats November 2007. Unter [www.ArbVG.de](http://www.ArbVG.de) ist ein Forum eingerichtet worden, in welchem die vorgeschlagenen Paragraphen kommentiert und Änderungsvorschläge unterbreitet werden können.

Es findet dort ein konstruktiver

Dialog über ein zukünftiges Gesetz statt. In der Arbeitsrechtswissenschaft und in der Praxis besteht weitreichender Konsens mit dem Entwurf. Der Entwurf muss Anlass für die Sozialpartner sein, in ihrer Verantwortung gegenüber den Arbeitnehmern und Arbeitgeber und der gesamten Republik Einfluss auf die Politik zu nehmen. „Verdränger“ wie Herr Anzinger kann sich das Land nicht (mehr) leisten. Die Bertelsmann-Stiftung hat in einem Vorwort zum aktuellen Entwurf (Beilage 1/2007 zu NZA Heft 21/2007) ausgeführt, dass der gemeinsame Erfolg „politisch greifbar“ sei. Die Aussage des Herrn Anzinger muss einen (ver-)zweifeln lassen.

Rolf Krügermeyer-Kalthoff, Rechtsanwalt/FAf. Arbeitsrecht

Nicht alles in einen Topf

Zum Kommentar „Klare Worte“ vom 30.11. 2007

Ihre Argumentation zur Familienpolitik finde ich ziemlich abstrus und ideologisch. Die Einkind-Familie kann man in jedem gesellschaftlichen System realisieren! Wie aber soll eine Familie mit vier oder mehr Kindern funktionieren, wenn beide Elternteile voll berufstätig sind.

Dann kann man die Kinder ja gleich bei der Geburt in einem staatlichen Versorgungssystem abgeben. Ich habe das Glück gehabt, in einer Familie mit vier Kindern und einer

großartigen Mutter aufzuwachsen und habe selbst eine Familie mit 3 Kindern und neun Enkelkindern. Meine Bitte: werfen Sie bei Ihrer Familienpolitik nicht die Einkind- und die Mehrkinderfamilie in einen Topf. Das Ergebnis ist dann irrelevant, etwa so, wie wenn Sie in einer Statistik über die Auswirkungen des Tabakkonsums den Raucher von einer Zigarette mit dem von 40 in einen Topf werfen würden.

G. Kanzler